



Deutscher Bundestag
Herrn Dr. Wolfgang Schäuble
Präsident des Deutschen Bundestages
Platz der Republik 1

11011 Berlin

Albstadt, 20. September 2019

Sehr geehrter Herr Präsident,

dem Beirat der Angehörigen und gesetzlichen Betreuer*innen sowie dem Beirat der Menschen mit Behinderung oder psychischer Erkrankung, im Bundesverband evangelische Behindertenhilfe (**BeB**), ist durch den Informationsdienst „Heute im Bundestag Nr. 981“ die kleine Anfrage Nr. 19/12667 der AfD bekannt geworden.

Hier wird um Auskünfte zu den erhaltenen Barbeträgen in stationären Einrichtungen gebeten. Dabei geht es in den Fragen um beeinträchtigte Menschen, wie auch Menschen in Alten- und Pflegeheimen.

Wir als Angehörige sehen hier wieder eine Tendenz, dass es um „Kosten“ geht.

Es ist leider so dass Menschen, die in Einrichtungen leben, oftmals finanziell nicht so gut gestellt sind, dass Sie sich von dem zur Verfügung stehenden Geld persönliche Dinge erlauben können. Deshalb sind sie auf den sogenannten „Barbetrag“ bzw. „Taschengeld“ angewiesen. Dieser Betrag wird allerdings nur noch bis zum 01.01.2020 zur Verfügung stehen. Dann nämlich werden auch diejenigen, die in stationären Einrichtungen leben, Grundsicherung erhalten und somit über eine Regelbedarfsstufe finanziell unterstützt werden. Hier gibt es dann keinen „Barbetrag“ mehr. Uns ist momentan nicht erkennbar, weshalb auch die Alten- und Pflegebedürftigen hier im Blickpunkt sind. Diese haben doch in Ihrem Leben genügen zum Wohlstand in unserem Land beigetragen. Unsere Befürchtungen gehen auch hier wieder dahin, dass die Menschen mit komplexen Behinderungen, mit kognitiven und körperlichen Beeinträchtigungen in den Fokus geraten und weiterhin als zu großer Kostenfaktor gesehen werden, was in unserer Vergangenheit mit **„unwertem Leben“** bezeichnet wurde und mit der Tötung unserer Angehörigen endete. Hier wollen wir als Angehörige und Betreuer diesem menschenverachtenden Ansinnen der AfD-Vorsitzenden vehement entgegenzutreten. *Wehret den Anfängen* - jede Form von Euthanasie, wenn auch nur im gedanklichen Ansatz, ist zu unterbinden. Das Leid und die bitteren Erfahrungen der Betroffenen im Nationalsozialismus verpflichten uns, ihnen ein ehrendes Andenken zu bewahren und dafür zu kämpfen, dass so etwas nie wieder passiert.

Mit freundlichen Grüßen

Marion Linder
Wilhelmstr. 107
72461 Albstadt
Tel.: +49 174 1970421
E-Mail: marionlinder@yahoo.de

Udo Dahlmann

Tel.: 03631 928159
E-Mail: udahlmann@nordthueringer-lebenshilfe.de

Beirat der Angehörigen und gesetzlichen BetreuerInnen im BeB

Beiratsmitglieder: Marion Linder (Sprecherin) Rolf Winkelmann (Stellvertr. Sprecher), Wolfgang Hamberger, Regina Hamel, Matthäus Hirscher, Wilfried Weyl (Schriftführer), Heidrun Schrader

Beirat der Menschen mit Behinderung oder psychischer Erkrankung im BeB

Beiratsmitglieder: Udo Dahlmann (Vorsitzender), Thüringen, Maik Tiedtke (stellv. Vorsitzender), Sachsen, Ines-Sophie Bachmann, Niedersachsen, Marianne Münz, Rheinland-Pfalz, Claudia Thiele, Sachsen, Herbert Baum, Baden-Württemberg, Klaus-Dieter Krause, Rheinland-Pfalz, Michael Proske, Brandenburg

Beirat der Angehörigen und gesetzlichen BetreuerInnen im BeB

Beiratsmitglieder: Marion Linder (Sprecherin), Baden-Württemberg, Rolf Winkelmann (Stellv. Sprecher), NRW, Wolfgang Hamberger (Schriftführer), Bayern, Marianne Vogt, Thüringen, Hans-Werner Horn, Berlin, Wilfried Weyl, Hessen, Heidrun Schrader, Niedersachsen

Beirat der Menschen mit Behinderung oder psychischer Erkrankung im BeB

Beiratsmitglieder: Udo Dahlmann (Vorsitzender), Thüringen, Maik Tiedtke (stellv. Vorsitzender), Sachsen, Ines-Sophie Bachmann, Niedersachsen, Marianne Münz, Rheinland-Pfalz, Claudia Thiele, Sachsen, Herbert Baum, Baden-Württemberg, Klaus-Dieter Krause, Rheinland-Pfalz, Michael Proske, Brandenburg